

REDE 1. MAI 2016

Liestal, 1. Mai 2016

Daniel Lampart, SGB

Gute Löhne und Renten, sichere Arbeitsplätze – Fortschritte dank den Gewerkschaften

Länder ohne aktive und starke Gewerkschaften sind arm dran. Länder mit bedeutenden Gewerkschaften haben hingegen deutlich weniger soziale Probleme. Paradebeispiel sind die nordischen Länder. Auf der anderen Seite etwa die USA. Hier wurden die Gewerkschaften ab Ende der 1970er Jahre auch mithilfe der Regierung Reagan bekämpft. Seither sind die Reallöhne nicht vom Fleck gekommen. Die Arbeitszeiten sind sogar gestiegen. Die Probleme haben wesentlich zur Finanzkrise beigetragen. Mittlerweile hat sogar der sonst arbeitgeberfreundliche internationale Währungsfonds den USA die gelbe Karte gezeigt. Er weist darauf hin, wie wichtig starke Gewerkschaften sind und empfiehlt den USA den Mindestlohn zu erhöhen.

Die Schweiz ist zum Glück in einer besseren Lage als die USA. Aber auch in unserem Land ist die Gewerkschaftsarbeit anspruchsvoll. Immer wieder werden Kolleginnen und Kollegen unter Druck gesetzt. Es gibt sogar Fälle von Entlassungen. Die Arbeitnehmervertreter und –vertreterinnen sind nicht gut gegen Entlassungen geschützt. Arbeitgeber und Bundesrat weigern sich bis heute, dieses Problem zu lösen.

Aber: Auch die Schweizer Gewerkschaften haben unser Land geprägt. Grosse Achtung verdienen unsere früheren Kolleginnen und Kollegen. Vor rund 100 Jahren haben sie mit grossem Einsatz in unzähligen Streiks die Arbeitnehmerrechte substanziell verbessert und die ersten Gesamtarbeitsverträge zustande gebracht. Teilweise wurden sie von der eigenen Polizei und Armee beschossen. GAV haben sich seither etabliert. Heute lobt sogar der Bundespräsident Schneider-Ammann die Sozialpartnerschaft in höchsten Tönen.

In den letzten Jahren haben wir die Lage im Land weiter verbessert. Dank den flankierenden Massnahmen werden die Löhne heute von Kontrolleuren überprüft. Und die Schweiz ist eines der wenigen Länder auf der Welt, in dem die Zahl der GAV zunimmt. In jüngster Zeit sind vier neue GAV dazugekommen. So zum Beispiel gegen prekäre Jobs in Callcentern oder in Tankstellenshops. Unser Ziel ist es natürlich, dass alle Berufstätigen im Land einen GAV haben. Unverständlich ist, dass sich Detailhändler wie Migros, Manor, H&M, Zara usw. weigern, mit den Gewerkschaften einen GAV abzuschliessen. Schlimmer noch: Die neuen bürgerlichen Mehrheiten in

Bern wollen die Ladenöffnungszeiten erhöhen, ohne den Schutz der Verkäuferinnen und Verkäufer durch einen GAV zu verbessern.

Kolleginnen und Kollegen, wir Gewerkschaften haben kluge und fortschrittliche Lösungen für die wirtschaftlichen und sozialen Probleme. Die rückwärtsgewandte Abschottungslogik und Ausländerfeindlichkeit ist uns fremd. Nicht nur aus Prinzip. Sondern auch weil wir die Realität im Land selber verkörpern – über unsere Mitglieder. Wir haben zum Beispiel viele Mitglieder ohne Schweizer Pass. Das gibt uns Bodenhaftung. Schliesslich wird ein Drittel der Arbeitsstunden in unserem Land von Berufstätigen ohne Schweizer Pass geleistet.

Wenn man weit genug zurückschaut, ist jeder irgendwie ein Ausländer. So besteht ja sogar das Matterhorn bekanntlich aus herangeschobenem Stein aus Afrika. Doch das ist eigentlich nicht das Interessante. Bei der Kampagne zur Durchsetzungsinitiative habe ich mit verschiedenen Leuten über ihre Staatsangehörigkeit gesprochen. Teilweise war ich überrascht, wer Schweizer ist und wer nicht. Viele Bekannte und Kollegen, die schon lange in der Schweiz sind oder hier geboren wurden, haben keinen Schweizer Pass. Entscheidend ist nicht die Farbe des Passes, sondern der Wohnort. Das ist auch die Lehre aus dem klaren Nein zur Durchsetzungsinitiative. Und das muss auch bei der so genannten Umsetzung des Art. 121a – der „Masseneinwanderungs-Initiative“ gelten. Ein Verfassungsartikel, der ja von 49.7 Prozent der Stimmberechtigten abgelehnt wurde. Das Ziel muss sein, dass es den Berufstätigen im Land besser geht. Das heisst, dass die Bilateralen Verträge mit der EU unbedingt beibehalten werden müssen. Und dass die Probleme auf den Arbeitsmarkt gelöst werden. Konkret: Eine konsequente Bekämpfung der Lohndumpings, eine Verbesserung der Lage bei den älteren Arbeitnehmenden über einen Kündigungsschutz für langjährige Mitarbeitende, sowie eine Senkung der Erwerbslosigkeit beispielsweise über eine Meldepflicht offener Stellen. Die Schweiz braucht die Bilateralen. Aber sie müssen allen nützen. In der Schweiz müssen Schweizer Löhne bezahlt werden. Wer eine Stelle sucht, soll eine finden.

Kolleginnen und Kollegen, wir Gewerkschaften haben auch eine Lösung für die Probleme bei der Altersvorsorge. Unsere Initiative AHVplus. Sie verlangt eine Stärkung der ersten Säule, indem die AHV-Renten um 10 Prozent erhöht werden. Weil der Bundesrat, die Arbeitgeberorganisationen und die bürgerlichen Parteien seit den 1990er Jahren die Bevölkerung mit düsteren AHV-Szenarien verunsichern, müssen wir aber grosse Aufklärungsarbeit leisten. Gemäss diesen düsteren Szenarien müsste die AHV heute Milliardenverluste schreiben. Der zweiten Säule ginge es hingegen ausgezeichnet. Doch gerade das Gegenteil ist der Fall. Die Pensionskassenrenten sinken massiv. Bei der AHV ist die Lage hingegen stabil. Es ist völlig klar, dass in einer solchen Situation die AHV ausgebaut werden muss. Das Preis-Leistungs-Verhältnis der AHV ist bestechend. Wer vor allem davon profitiert, sind die Jungen. Dank der AHV haben sie mehr Geld zum Leben. Denn wenn sie ihre Altersvorsorge über die Privatversicherer aufbauen müssten, müssten sie Hunderttausende von Franken Bezahlen – für eine bescheidene Rente.

Der Ständerat hat das verstanden. Er hat im Rahmen der Altersvorsorge 2020 beschlossen, die AHV-Renten für Alleinstehende um 840 Fr. und für Verheiratete um 2700 Fr. zu erhöhen. Im Nationalrat haben sich die neuen bürgerlichen Mehrheiten aus SVP und FDP hingegen völlig von der Bevölkerung verabschiedet. Sie wollen die Renten senken und das Rentenalter erhöhen. Wie kann man sich so noch Schweizerische Volkspartei nennen ohne rot zu werden?

Bevor sich diese Bürgerlichen Kreise von der Bevölkerung verabschiedet haben, politisierten sie ganz anders. Aus heutiger Sicht ist das geradezu erstaunlich. Bis Ende der 1970er Jahre zielte die

bürgerliche Sozialpolitik bei der AHV auf einen Ausbau. Im Jahr 1972 haben National- und Ständerat einstimmig die AHV-Renten von 220 auf 500 Fr. mehr als verdoppelt – auf rund 27 Prozent des damaligen Durchschnittslohnes. Seither sind die Löhne stärker gestiegen als die AHV-Renten. Das Verhältnis AHV-Rente zu Lohn beträgt heute noch rund 22 Prozent. Dennoch sind die Bürgerlichen und die Arbeitgeber gegen AHVplus. Sie greifen sogar die AHV an mit einem giftigen Cocktail aus Leistungsabbau und Rentenalter 67 und senken im Rahmen der Unternehmenssteuerreform III die Steuern für eine Minderheit von Firmen und Aktionären.

Von der Bevölkerung verabschiedet hat sich auch Finanzminister Ueli Maurer. Im Rahmen der Diskussion zu den Panama-Papers rechtfertigte er die Steuerflucht der Reichen und Topverdiener. Zahlen müssen die Unter- und Mittelschicht. Das wäre gleich wie wenn an einem Dorffest die alten Frauen das Festzelt aufstellen müssten und die jungen kräftigen Männer dabei zuschauen und Bier trinken würden. Das Dorf würde einen solchen Gemeindepräsidenten abwählen.

Trügerische Ruhe herrscht beim Problem des überbewerteten Frankens. Dabei ist die Lage bedenklich. Die Schweiz ist fast das einzige Land in Europa, in dem die Arbeitslosigkeit steigt. Der Druck auf die Löhne und die Arbeitsplätze nimmt zu. Die SNB hat sich stark zurückgezogen. Dabei kann nur sie das Problem lösen. In früheren Jahren hat sie mit verschiedenen Massnahmen gegen Aufwertungen gekämpft—bei Bedarf mit einem Mindestkurs. Seit der Aufhebung der Untergrenze sagt sie vor allem, was sie alles nicht kann. Und dass die Firmen stark macht, was sie nicht umbringt. Kolleginnen und Kollegen, wo gibt es ein Land, das zulässt, dass die eigene Währung Arbeitsplätze vernichtet und Firmen vertreibt? Der Franken ist unsere Währung. Sie muss uns nützen, nicht schaden.

Die Schweiz braucht starke Gewerkschaften. Für gute Renten, für gute Löhne und sichere Arbeitsplätze. Wir haben die Lösungen, die das Land weiterbringen. Jetzt müssen wir die Mehrheiten schaffen. Der nächste Meilenstein ist die Volksabstimmung zu AHVplus. Damit in unserem Land eine Politik für die Berufstätigen, die Jungen und die Rentnerinnen und Rentner gemacht wird, nicht für die Oberschicht. Ich wünsche euch einen schönen ersten Mai.